

Zwölf Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl

1. Deutsche Einheit: Das Zehn-Punkte-Programm von Bundeskanzler Helmut Kohl	2
2. Einigung Europas: Wir haben Europa vorangebracht	3
3. Bessere Beziehungen zu Osteuropa: Chancen für eine europäische Friedensordnung	4
4. Sieben Jahre Aufschwung: Wachsender Wohlstand – solide Staatsfinanzen	5
5. Arbeitsmarkt: Mehr Beschäftigung	6
6. Soziale Marktwirtschaft: Erfolgsrezept für Wohlstand und soziale Sicherheit	6
7. Umweltpolitik: Für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen	7
8. Rentenreform: Die Renten bleiben sicher	8
9. Gesundheitsreform: Notwendig, sozial ausgewogen und erfolgreich	9
10. Steuerreform: Mehr Geld für die Bürger – mehr Schwung für die Wirtschaft	10
11. Politik für die Familien: Investitionen für die Zukunft	11
12. Wohnungsbau: In drei Jahren mehr als eine Million neue Wohnungen	12

1. Deutsche Einheit:

Das Zehn-Punkte-Programm von Bundeskanzler Helmut Kohl

Mit seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 hat Bundeskanzler Helmut Kohl einen gangbaren Weg zur deutschen Einheit aufgezeigt.

Das sind die wichtigsten Ziele:

- ▶ Humanitäre Hilfe und Ausbau der Zusammenarbeit,
- ▶ umfassende Wirtschaftshilfe unter der Voraussetzung grundlegender Veränderungen in der DDR,
- ▶ Vertragsgemeinschaft durch ein immer dichteres Netz der Zusammenarbeit unter voller Einbeziehung Berlins,
- ▶ konföderative Strukturen mit dem Ziel, eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen,
- ▶ Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen,
- ▶ Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Der historische Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden am 19./20. Dezember 1989 war ein Meilenstein auf diesem Weg.

Das wurde bereits erreicht:

- Freilassung aller politischen Gefangenen.
- Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989.
- Freier Reiseverkehr seit Weihnachten; Mindestumtausch und Visumpflicht sind entfallen.
- Ein gemeinsamer Devisenfonds erleichtert es den Landsleuten in der DDR, zu uns zu kommen.
- Verbesserung der Telefonverbindungen durch zusätzliche Leitungen.
- Aufhebung von Einfuhrverboten.
- Umfangreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfe für den Wiederaufbau der DDR.

Und schließlich: Die Vertragsgemeinschaft soll noch in diesem Frühjahr zustande kommen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat weltweit Anerkennung und Unterstützung für seine Deutschlandpolitik gefunden. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben auf ihrem Straßburger Gipfeltreffen am 8./9. Dezember letzten Jahres das Recht der Deutschen auf Einheit durch freie Selbstbestimmung anerkannt. Die Außenminister der NATO haben dies in einer Erklärung am 15. Dezember 1989 bekräftigt und von neuen Möglichkeiten gesprochen, „die Trennung Europas und damit Deutschlands zu überwinden“.

Der Kurs der CDU ist klar: Wir wollen Freiheit und Einheit, denn wir sind ein Volk.

2. Einigung Europas: Wir haben Europa vorangebracht

Die europäische Einigung ist Teil des gesamteuropäischen Friedensprozesses. Sie sichert Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in ganz Europa. Die zielstrebige Politik der Regierung Helmut Kohl hat Europa vorangebracht.

Das sind die Tatsachen:

- Der europäische Binnenmarkt 1992 bringt zusätzliches wirtschaftliches Wachstum, sinkende Preise und bis zu fünf Millionen neue Arbeitsplätze. Die Freizügigkeit eröffnet gute Aussichten und neue Chancen für jeden: im Studium und im Beruf, bei der Arbeit und in der Freizeit.
- Die Europäische Gemeinschaft entwickelt sich zur Umweltgemeinschaft: zum Beispiel durch die verbindliche Einführung des schadstoffarmen Autos, durch gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht und unserer Gewässer.
- Mit der Sozialcharta werden die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen in der Europäischen Gemeinschaft geschützt.
- Die Beschlüsse des europäischen Gipfels von Straßburg leiten die Wirtschafts- und Währungsunion ein, die mehr Stabilität und zusätzlichen wirtschaftlichen Schwung bringt. Sie ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Politischen Union.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein gleichberechtigter und ebenbürtiger Partner in der Weltpolitik geworden; sie übernimmt mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit, sie hilft den Frieden in der Welt zu bewahren und sie kann mehr für die Dritte Welt tun.

Die Europäische Gemeinschaft ist der Kern einer europäischen Friedensordnung, in der die Freiheit und Einheit Deutschlands und Europas vollendet werden.

Deutschlands Zukunft heißt Europa — denn deutsche Einheit und europäische Einheit gehören zusammen.

3. Bessere Beziehungen zu Osteuropa: Chancen für eine europäische Friedensordnung

Der Wandel in Osteuropa ebnet den Weg zu einer europäischen Friedensordnung – einem Europa der Freiheit, der Menschenrechte und der Selbstbestimmung. Die Regierung Helmut Kohl hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen sind.

Das sind die Tatsachen:

- Die am 13. Juni 1989 von Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Gorbatschow unterzeichnete Erklärung hat herausragende Bedeutung für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Seiten bekräftigen in dieser Erklärung
 - die Achtung der Menschenrechte,
 - das Recht aller Völker auf freie Selbstbestimmung,
 - den Vorrang des Völkerrechts und
 - das Ziel eines Europas der Zusammenarbeit und des Friedens.
- Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen und die gemeinsame deutsch-polnische Erklärung sind Marksteine auf dem Weg zur Versöhnung beider Völker und Europas. Mit dieser Erklärung ist für die Sicherung der Rechte unserer Landsleute in Polen ein Durchbruch erreicht worden, auf den wir und unsere Landsleute dort seit Jahrzehnten gewartet haben.
- Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Ungarn sind freundschaftlich; sie sind ein Modell für Europa.

Die zahlreichen Vereinbarungen der Regierung Helmut Kohl mit der Sowjetunion, mit Polen und Ungarn für eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschaft, im Umweltschutz, in Wissenschaft und Kultur tragen dazu bei, die Teilung Europas Schritt für Schritt zu überwinden.

Wir wollen eine europäische Friedensordnung, in der alle Europäer in Freiheit ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben können. Menschenrechte und Demokratie, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit müssen für alle Europäer Wirklichkeit werden.

4. Sieben Jahre Aufschwung: Wachsender Wohlstand – solide Staatsfinanzen

Die handfesten Ergebnisse unserer Politik seit 1982 unterstreichen: Soziale Marktwirtschaft war und ist ein erfolgreiches, zukunftsweisendes Konzept. Seit die Regierung Helmut Kohl im Amt ist, befindet sich die Bundesrepublik Deutschland auf stetem Wachstumskurs. Wir verzeichnen inzwischen die längste und stabilste wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Nachkriegszeit. Und der Aufschwung wird nach dem Urteil von Fachleuten auch 1990 anhalten.

Das sind die Tatsachen:

- Im Export sind wir Weltmeister; im ersten Halbjahr 1989 stiegen unsere Ausfuhren um 15 Prozent.
- Die Auftragsbestände nehmen weiter zu.
- Die Wirtschaft investiert kräftig: im ersten Halbjahr 1989 zwölf Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 1988.
- Fachleute erwarten für 1990 ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent.
- Solide Staatsfinanzen sind zu einem Gütesiegel der Regierung Helmut Kohl geworden: Der Anstieg der Staatsausgaben wurde begrenzt. Während die Ausgaben des Bundes unter der SPD-Regierung im Jahresdurchschnitt um neun Prozent in die Höhe schossen, nahmen sie seit 1983 nur noch um jeweils 2,5 Prozent zu.
- Nie zuvor war der Lebensstandard der Bürger so hoch wie heute: Die Einkommen der privaten Haushalte haben 1989 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1988 um 2,5 Prozent zugenommen; die verfügbaren Einkommen werden 1990 — nicht zuletzt dank der Steuerreform — um rund 7,5 Prozent wachsen.

Der Aufschwung geht weiter — er sichert Wohlstand und soziale Leistungsfähigkeit. Die Regierung Helmut Kohl sorgt dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland auch im kommenden europäischen Binnenmarkt ihre Spitzenstellung halten kann.

5. Arbeitsmarkt: Mehr Beschäftigung

Der wirtschaftliche Aufschwung hat auch Bewegung in den Arbeitsmarkt gebracht. Das sind die Tatsachen:

- Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit dem Tiefpunkt der Beschäftigung im Herbst 1983 bis heute um rund anderthalb Millionen gestiegen.
- Allein im vergangenen Jahr wurden 350.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.
- Mit rund 28 Millionen Erwerbstätigen hat die Bundesrepublik Deutschland den höchsten Beschäftigungsstand in ihrer Geschichte erreicht.
- Und für dieses Jahr rechnen die Fachleute mit einer weiteren Zunahme der Arbeitsplätze um mindestens 300.000.
- Für rund eine Million offene Stellen fehlen vor allem Facharbeiter.
- Statt Lehrstellen werden wieder Lehrlinge gesucht: Im letzten Berufsberatungsjahr gab es erstmals seit acht Jahren wieder mehr offene Lehrstellen als Lehrstellenbewerber.

Mehr Arbeitsplätze — weniger Arbeitslose: Das sind die sichtbaren Zeichen der erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl.

6. Soziale Marktwirtschaft: Erfolgsrezept für Wohlstand und soziale Sicherheit

Die Soziale Marktwirtschaft hat uns einen nie gekannten, breit gestreuten Wohlstand und ein weltweit vorbildliches System der sozialen Sicherung gebracht. In einer Zeit, in der die sozialistische Planwirtschaft im Ostblock vor aller Welt ihr Scheitern eingestehen muß, ist die Soziale Marktwirtschaft unser Angebot für Deutschland und ganz Europa.

Sozialismus steht für Bevormundung und Mißwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft steht für Leistung und soziale Gerechtigkeit, für Wettbewerb und Solidarität, für Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

Die CDU war und ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.

Das sind die Tatsachen:

- Seit die Regierung Helmut Kohl im Amt ist, konnte die Staatsquote — das ist der Anteil des Staates an der wirtschaftlichen Gesamtleistung — von fast 50 auf rund 45 Prozent gesenkt werden; das macht heute nicht weniger als 100 Milliarden Mark, über die nicht mehr der Staat, sondern Bürger und Unternehmen verfügen.
- Die Zahl der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Bundes an Unternehmen ist seit 1982 ganz erheblich gesunken: von über 800 auf rund 200.
- Die Privatisierung schafft zusätzliche Arbeitsplätze: Tausende neue Mitarbeiter wurden in diesen Unternehmen eingestellt.

Die Soziale Marktwirtschaft bleibt die Grundlage unserer Politik; sie ist das Erfolgsrezept der Regierung Helmut Kohl.

7. Umweltpolitik: Für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Unsere Umweltpolitik kann sich sehen lassen: Wir haben heute die schärfsten Umweltgesetze in der EG und sind die europäischen Vorreiter im Umweltschutz.

Das sind die Tatsachen:

- 1982 gab es keine einzige Anlage zur Entschwefelung von Rauchgas — heute gibt es 165 derartige Anlagen. Allein dafür wurden über 15 Milliarden Mark investiert.
- 1982 gab es keine Autos mit 3-Wege-Katalysator — heute haben bereits über drei Millionen Pkw diese Technik zur Abgasreinigung und Luftreinhaltung.
- 1982 gab es über 50.000 Tonnen Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) allein in Sprühdosen — 1989 waren es nur noch rund 1000 Tonnen. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Ozonschicht.
- Anfang der achtziger Jahre wurden noch insgesamt etwa 1,5 Millionen Tonnen Dünnsäure in die Nordsee eingeleitet. Im vergangenen Jahr wurde damit endgültig Schluß gemacht.
- Auch der Arbeitsmarkt profitiert von unserer Umweltpolitik: Über 500.000 Arbeitsplätze sind für den Umweltschutz in den letzten Jahren neu geschaffen oder erhalten worden.

Diese erfolgreich begonnene Umweltpolitik muß in Deutschland, aber auch international energisch fortgeführt werden. Deshalb setzt die Regierung Helmut Kohl auf eine Umweltaußenpolitik; denn wir brauchen strenge internationale Vereinbarungen und Abkommen:

- Wir wollen nicht — wie viele andere — den Verbrauch von FCKW bis 1999 lediglich halbieren, sondern bis dahin die völlige Einstellung der Produktion von FCKW weltweit durchsetzen. Bei uns sind bis spätestens 1995 Produktion und Verbrauch von FCKW einzustellen.
- Wir wollen bis spätestens 1992 eine international verbindliche Klimakonvention mit handfesten Richtlinien zur Verminderung des Ausstoßes von CO₂.

Die Regierung Helmut Kohl hat nicht nur über Umweltschutz geredet, sondern sie hat gehandelt — rasch und erfolgreich.

8. Rentenreform: Die Renten bleiben sicher

Als die CDU-geführte Bundesregierung 1982 ins Amt kam, stand die Rentenversicherung kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Regierung Helmut Kohl hat die gesetzliche Altersversorgung vor dem Zusammenbruch bewahrt; sie hat mit dem Rentenreformgesetz die Renten auch für die Zukunft gesichert.

Das sind die Tatsachen:

- Heute sind die Rentenkassen wieder voll, und die Reserven wachsen kräftig: Ende 1989 betragen sie 25,4 Milliarden Mark — das waren 10,4 Milliarden Mark mehr als Ende 1983.
- Der wirtschaftliche Aufschwung füllt die Rentenkassen, denn er schafft zusätzliche Arbeitsplätze: seit Herbst 1983 rund 1,5 Millionen.
- Auch die solide Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl nützt den Rentnern: Die Renten sind allein in den letzten vier Jahren real — das heißt nach Abzug des Preisanstiegs — um rund sieben Prozent gewachsen.
- Das Rentenreformgesetz von 1989 schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Renten auch künftig sicher und finanzierbar bleiben.
- Dieses Gesetz enthält auch neue familienfreundliche Bestimmungen: Die 1986 eingeführten Kindererziehungszeiten — damals ein Jahr für jedes Kind — werden für Geburten ab 1992 auf drei Jahre verlängert.
- Erstmals wird auch die schwere Arbeit der ehrenamtlichen häuslichen Pflege in der Gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.

Mit der Rentenreform hat die Regierung Helmut Kohl die Weichen für die Erhaltung der bewährten Rentenversicherung gestellt. Die CDU bleibt der Garant für sichere Renten.

9. Gesundheitsreform: Notwendig, sozial ausgewogen und erfolgreich

Eine Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung war dringend nötig. Denn die Beitragssätze stiegen Jahr für Jahr. 1988 waren es im Durchschnitt monatlich schon 585 Mark. Und im Jahr 2000 wären es 1.142 Mark im Monat geworden, wenn die Regierung Helmut Kohl nicht gehandelt hätte.

Das sind die Tatsachen:

- Heute — ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesundheitsreformgesetzes — zeigen sich bereits die ersten Erfolge: Die Ausgaben der Krankenkassen sind in den ersten drei Quartalen 1989 gesunken, und zwar zum Beispiel bei
 - Zahnersatz um 34 Prozent,
 - Sehhilfen um 39 Prozent,
 - Transportkosten um 23 Prozent,
 - ambulanten Badekuren um 60 Prozent.
- Fachleute gehen davon aus, daß die Gesamtausgaben 1989 um drei Prozent gesunken sind. — Zum Vergleich: Von 1984 bis 1989 waren die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung noch im Durchschnitt um 5,8 Prozent jährlich gestiegen.
- Schon heute besteht bei vielen Krankenkassen ein Spielraum für Beitragssenkungen. BEK und DAK haben bereits Beitragssenkungen angekündigt. Die KKH wird zum 1. April dieses Jahres die Beitragssätze spürbar verringern. Weitere Kassen werden diesem Beispiel folgen.

Die Gesundheitsreform ist auf dem richtigen Weg: Niemand wird überfordert, wo es um Einsparungen geht. Das garantieren Härtefallregelungen. Kinder, Sozialhilfe-Empfänger, Kriegsofopferfürsorge-Empfänger, Arbeitslosenhilfe-Empfänger, Ausbildungshilfe-Empfänger und Heimbewohner — sie alle zahlen nichts dazu.

Eingesparte Mittel werden vor allem für Schwerpflegebedürftige, zum Ausbau von Vorsorgeuntersuchungen für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nierenerkrankungen und Diabetes, zur Vorbeugung gegen Zahnerkrankungen und zur Intensivierung von Forschungs- und Modellprogrammen zur Bekämpfung von Volkskrankheiten und Aids verwendet.

Die Gesundheitsreform war notwendig, sie ist sachgerecht und sozial ausgewogen, sie hat Erfolg.

10. Steuerreform: Mehr Geld für die Bürger – mehr Schwung für die Wirtschaft

Die CDU ist die Steuersenkungspartei; sie hat den Marsch in den Abgaben- und Steuerstaat gestoppt. Mit der umfassendsten Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beläßt die Regierung Helmut Kohl den Bürgern rund 50 Milliarden Mark, die sie nach altem Steuerrecht an die Finanzämter hätten abführen müssen.

Das sind die Tatsachen:

- Ein Durchschnittsverdiener (rund 42.000 Mark Jahresgehalt, verheiratet, zwei Kinder) zahlt in diesem Jahr 1954 Mark — das sind 41,3 Prozent — weniger Steuern als 1985.
- Familien mit Kindern werden besonders entlastet: Der Kinderfreibetrag, die Ausbildungsfreibeträge und der Haushaltsfreibetrag wurden erhöht.
- Weitere 500.000 Bürger mit niedrigem Einkommen brauchen künftig überhaupt keine Lohnsteuern mehr zu zahlen.
- Die Steuersenkung stärkt die Investitionskraft des Mittelstandes; denn auch Mittelständler zahlen weniger Steuern.

Leistung lohnt sich wieder: Ein Facharbeiter, der in diesem Jahr 100 Mark Lohnerhöhung bekommt, zahlt davon nicht mehr — wie bisher — 43 Mark an das Finanzamt, sondern nur noch 28 Mark.

Die Steuerreform ist eine Investition in die Zukunft. Den Bürgern bleibt mehr Geld zur eigenen Verfügung; ihre gestärkte Kaufkraft und die höhere Investitionskraft der Unternehmen geben der Wirtschaft zusätzlichen Schwung. Das sichert und schafft Arbeitsplätze.

11. Politik für die Familien: Investitionen für die Zukunft

Die Familien sind die Grundlage unserer Gesellschaft und unseres Staates. Wer die Familien fördert, der investiert in eine gute Zukunft. Die Regierung Helmut Kohl hat deshalb der Förderung der Familien Vorrang gegeben. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Familien wurden verbessert. Die Arbeit in der Familie wurde aufgewertet, Familie und Beruf sind jetzt besser miteinander vereinbar.

Das sind die Tatsachen:

- Der steuerliche Kinderfreibetrag wurde 1983 wieder eingeführt und seitdem mehrmals kräftig erhöht.
- Freibeträge für Kinder und Angehörige wurden ebenfalls erhöht. Ab 1. Juli 1990 wird außerdem mehr Ausbildungsförderung (BAföG) gezahlt.
- Für das zweite Kind gibt es mehr Kindergeld und für Eltern mit geringem Verdienst einen Kindergeldzuschlag.
- Die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ hat allein im vergangenen Jahr 130 Millionen Mark an werdende Mütter in Notlagen gezahlt.
- Erstmals in der Geschichte der Gesetzlichen Rentenversicherung werden Zeiten der Kindererziehung und der Pflege in der Familie anerkannt. Ab 1992 zählen sogar drei Jahre für jedes Kind bei der Rentenbemessung.
- Seit Juli vergangenen Jahres gibt es 15 Monate lang Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie statt bisher zwölf Monate; ab Juli diesen Jahres werden es sogar 18 Monate sein — jetzt auch für Auszubildende ohne Unterbrechung ihrer Ausbildung und für Adoptiveltern; bei Mehrlingsgeburten gibt es Erziehungsgeld für jedes Kind.
- Fortbildung, Umschulung und Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase sind für Mütter (und Väter) gesetzlich und durch besondere Programme erleichtert worden.

Keine Regierung hat mehr für die Familien getan. Die CDU sorgt dafür, daß es auf diesem Wege weitergeht.

12. Wohnungsbau: In drei Jahren mehr als eine Million neue Wohnungen

Um die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt zu überwinden, hat die Regierung Helmut Kohl Maßnahmen zur finanziellen Förderung des Wohnungsbaus beschlossen. Damit soll der Bau von mehr als einer Million neuen Wohnungen in drei Jahren ermöglicht werden.

Das sind die Maßnahmen im einzelnen:

- Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden in diesem Jahr auf zwei Milliarden Mark aufgestockt. Insgesamt werden in den nächsten vier Jahren acht Milliarden Mark bereitgestellt. Damit soll der Bau von rund 500.000 neuen Sozialwohnungen gefördert werden.
- Die steuerliche Abschreibung wurde spürbar verbessert. Besonders günstige Bedingungen gibt es jetzt beim Bau von Wohnungen mit Sozialbindung.
- Zur Verbilligung der Zinsen auf Kredite zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen werden 500 Millionen Mark bereitgestellt.
- Für den Ausbau von Dachgeschossen kann der Bauherr zinsverbilligte Kredite beantragen oder Steuervorteile nutzen.
- In Gemeinden und Kreisen mit besonders hohen Mieten und überdurchschnittlichen Mietsteigerungen wird das Wohngeld erhöht.
- Zur Förderung des Baus von Studentenwohnungen gibt es neben einem Kreditprogramm von 500 Millionen Mark in diesem Jahr noch einmal 300 Millionen Mark für 20.000 zusätzliche Wohnheimplätze.

Die Regierung Helmut Kohl hilft Wohnungsuchenden, denen schnell geholfen werden muß. Und sie fördert die Privatinitiative; denn nur so kann eine ausreichende Versorgung mit Wohnungen gesichert werden.